

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.313.690

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10871/J-NR/2022

Wien, am 27. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ruth Becher, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. April 2022 unter der Nr. **10871/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Mögliche Eindämmung bei gesetzlichen Mieten-Erhöhungen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. Sind Sie sich der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Folgen dieser Maßnahme gewahr?
- 2. Wie stehen Sie zu der Gefahr, weiterer überbordender Anpassungen gesetzlicher Mieten aufgrund der derzeitigen Regelungen?

Die derzeitige Inflationsentwicklung bringt auch im Bereich der Mieten signifikante Verteuerungen mit sich. Dieses Problem ist dem Bundesministerium für Justiz bewusst. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass die Kundmachung der Kategorie- und Richtwertmieten rein deklaratorischen Charakter hat.

Zu den Fragen 3 bis 5:

- 3. Planen Sie eine diesbezügliche Gesetzesänderung anzustoßen?

- *4. Inwieweit sind Sie offen für die Idee die Valorisationen von Mieten nicht an den VPI sondern an Kollektivlohn-Vertragsabschlüsse und Pensionsanpassungen zu koppeln?*
- *5 Ist an die Einsetzung eines Expertinnen-Gremiums in ihrem Haus gedacht, um dieser Problematik künftig fachlich unterfüttert und kompetent begegnen zu können?*
 - a. Falls ja: Wer soll diesem Gremium angehören?*
 - b. Falls nein: Wieso nicht?*

Die Bundesregierung arbeitet kontinuierlich daran, den Auswirkungen der Teuerung im Allgemeinen entgegen zu wirken. Ob und in welcher Form spezielle mietrechtliche Maßnahmen gesetzt werden sollen, wird derzeit diskutiert.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

